



USD pro Feinunze Gold



USD pro Feinunze Silber



EURUSD



Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

Edelmetallpreise				
	Aktuell (Spot)	Veränderungen gegenüber (in Prozent):		
		2 W	3 M	12 M
I. In US-Dollar				
Gold	1761,5	-0,2	-7,1	-2,9
Silber	19,6	-3,5	-13,8	-17,9
Platin	916,7	2,2	-1,5	-9,5
Palladium	2133,9	0,3	-8,0	-13,5
II. In Euro				
Gold	1734,2	0,4	-3,6	13,0
Silber	19,3	-3,0	-10,6	-4,5
Platin	902,2	2,8	1,7	5,1
Palladium	2100,0	0,9	-4,7	0,4
III. Goldpreis in anderen Währungen				
JPY	238255,0	1,3	-3,2	19,5
CNY	11965,8	0,5	-4,5	2,2
GBP	1466,7	1,1	-2,7	11,3
INR	140354,7	1,9	-3,3	6,1
RUB	106576,2	1,0	-19,9	-19,6

Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

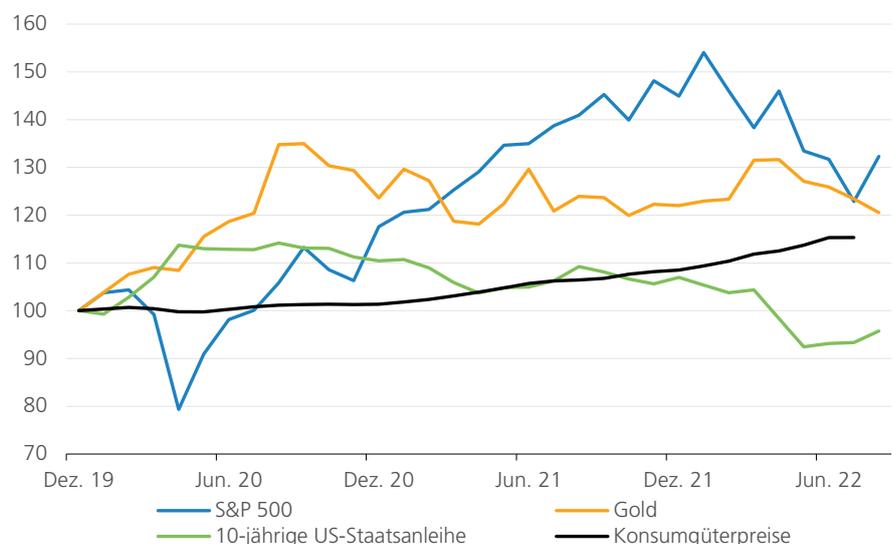
DAS GOLD 'OUTPERFORMED' DEN US-DOLLAR

„Holzhacken ist deshalb so beliebt, weil man bei dieser Tätigkeit den Erfolg sofort sieht.“
—Albert Einstein

Zugegeben: Es ist nicht immer leicht, die Renditeentwicklung des Goldes vor Augen zu haben. In den Finanzmedien wird sie häufig nicht oder nicht sinnvoll ausgewiesen. So wissen viele Menschen beispielsweise nicht, dass der Goldpreis (USD/oz) in den letzten etwa 20 Jahren um jahresdurchschnittlich knapp 8 Prozent angestiegen ist, während der DAX-Aktienmarktindex nur um durchschnittlich 4,3 Prozent pro Jahr zugelegt hat. Zweifel an der „Versicherungsfunktion“ des Goldes sind vor allem im Zuge der Coronavirus-Krise laut geworden. Nach dem Motto: „Gold hat sein Versprechen nicht gehalten.“ Wie hat sich das Gold in dieser Zeit, auch im Vergleich zu anderen Anlagearten entwickelt? Aufschluss gibt Abb. 1.

1 Gold hat sich besser entwickelt als der US-Dollar

S&P 500, Goldpreis (USD/oz), 10-Jahre Staatsleihe und US-Konsumgüterpreise



Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa. Serien sind indiziert (Dez. 2019 = 100).

Wie zu erkennen ist, hat der US-Aktienmarkt seit Ende 2019 um knapp 33 Prozent zugelegt (in der Spitze um gut 50 Prozent). Der Goldpreis stieg im Betrachtungszeitraum um 21 Prozent (in der Spitze um fast 35 Prozent). Das war zwar weniger als der Aktienkurszuwachs, aber es war deutlich mehr als der Anstieg der Konsumgüterpreise um 15 Prozent. Anders gesagt: Der Goldpreisanstieg überstieg die Inflation des US-Dollar. Das Gold war so gesehen ein guter Inflationsschutz – und hat den US-Dollar ‚outperformed‘. Vor allem auch im Vergleich zu langlaufenden US-Staatsanleihen war Gold vorteilhaft: Sie gaben im Betrachtungszeitraum um 4 Prozent nach. Gold hat also genau das gemacht, was man erwarten sollte: Es hat sich als eine stabilere Währung erwiesen als der US-Dollar (beziehungsweise andere ungedeckten Währungen). Und es gibt weiterhin gute Gründe zu vermuten, dass das Gold diesen Dienst seinem Besitzer auch künftig in überzeugender Weise liefern wird (siehe hierzu den Aufsatz auf S. 9 f.).

Degussa 

GOLD UND SILBER.

MONDPREISE? NICHT BEI UNS.

Silberpreis-Aktion. Solange der Vorrat reicht.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

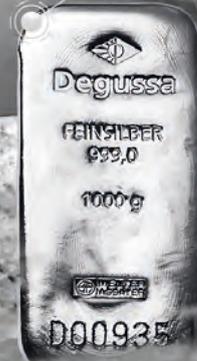
1%



3%



3%



DIE MACHTVERHÄLTNISSE AUF DER WELT ORDNNEN SICH NEU

„Das Recht der Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten.“

—Immanuel Kant

„Der Friedenszustand unter Menschen, die neben einander leben, ist kein Naturstand, der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d. i. wenn gleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muss also gestiftet werden“, ...

... so schrieb der Königsberger Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ im Jahr 1795. Was Kant leider unterlassen hat hervorzuheben, ist die (handlungslogische) Einsicht, dass es der Staat beziehungsweise dass es die Staaten sind (verstanden als *territoriale Zwangsmonopolisten der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte auf dem eigenen Gebiet*), die den Frieden immer wieder auf das neue gefährden und nicht selten auch beenden, die die Welt politisch spalten.¹ Das gilt vor allem für große Staatseinheiten, wie sich auf der aktuellen Weltbühne wieder einmal leidvoll beobachten lässt.

Die Machtverhältnisse auf der Welt ordnen sich neu. Spätestens mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist unübersehbar geworden, dass die Nachkriegsweltordnung ad acta gelegt ist. Der Westen unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika genießt nicht mehr die unangefochtene Vormachtstellung. Viele Länder orientieren sich neu, getrieben vor allem auch durch ihren eigenen wirtschaftlichen Aufstieg sowie dem (begründeten) Eindruck vom „Verfall des Westens“. Die „BRICS“ (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) sind der bisher wohl prominenteste Verbund, der Amerika und seinem Hofstaat die Stirn bietet. Vor allem China lässt seine Zurückhaltung fallen. Das begünstigt die Kräfte, die Konflikte ganz bewußt und gezielt schüren. Und so erscheint der „Taiwan-Konflikt“ plötzlich wieder und dramatischer denn je auf der Tagesordnung – unter aktiver Mithilfe US-amerikanischer Politiker.

Eine Neuordnung der Machtverhältnisse auf der Welt ist geschichtlich gesehen zwar nichts Außergewöhnliches. Jedoch gibt es diesmal Grund zur Besorgnis. Denn welche Ideen, welche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle treten nunmehr gegeneinander an? Die Länder des Westens haben sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter verabschiedet vom *Liberalismus* – der sich auszeichnet durch Sicherung der individuellen Freiheit, Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Recht, dem Eigentum, begleitet von einem Staat, der den Bürgern dient, niedrigen Steuern und stabilem Geld etc. Gerade im Zuge der Coronavirus-Krise ist die Freiheit von Bürgern und Unternehmern drastisch eingeschränkt worden, der Staat hat sich vielerorts in geradezu Hegelianischer Manier selbstermächtigt. Man kann also sagen: *Der Westen begibt sich seit geraumer Zeit in die Unfreiheit.*

Damit bewegt sich der Westen ideologisch auf diejenigen Staaten zu, die seit je her tief kollektivistisch-sozialistisch geprägt sind, die mit individueller Freiheit und Selbstbestimmung des einzelnen herzlich wenig im Sinn haben, und die nunmehr – aufgrund ihres wirtschaftlichen Aufstiegs – offen eine führende Machtstellung

¹ Siehe hierzu z. B. Polleit, T. (2022), Staat und Krieg, Ludwig von Mises Institut Deutschland, 13. April, [hier klicken](#).

bei der Gestaltung geopolitischer und geo-wirtschaftlicher Fragen einfordern. Allen voran zu nennen ist hier China, das bevölkerungsreichste Land der Welt, sowie die vielen Länder, die sich seinen Diktionen anschließen und unterwerfen. Die Neuordnung der Machtverhältnisse auf der Welt – und das ist zugegebenermaßen die beunruhigende Botschaft – läuft folglich mit schnellen Schritten darauf hinaus, die wirtschafts- und gesellschaftsliberalen Ideale, die den Menschen im Westen Wohlstand und Frieden gebracht haben, zu beenden.

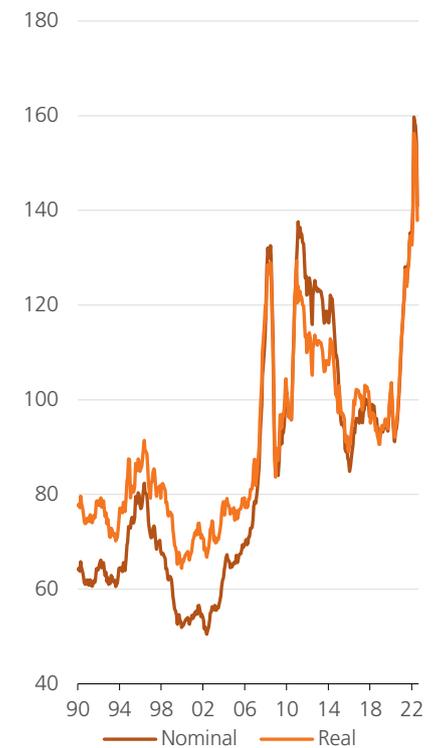
Doch nicht nur für die Freiheit des Individuums sind das schlechte Nachrichten, sondern insbesondere auch für die internationale Arbeitsteilung. Das jedoch ist ganz besonders problematisch, weil 'die internationale Arbeitsteilung das Kernstück der globalen Wohlstandsmehrung ist. Angesichts erhöhter (geo-)politischer Risiken halten sich bereits Unternehmen bei ihren weltweiten Investitionen zurück, beziehungsweise sie nutzen bei ihren Kapitalanlagen nicht mehr im bisherigen Umfang bestehende regionale Kostenvorteile; „Onshoring“ geht häufig vor „Offshoring“. Dadurch leiden Wachstum und Beschäftigung weltweit. Und nicht zu vergessen: Ein Abschwächen beziehungsweise Rückbau der Arbeitsteilung befördert Konflikte.

Dazu muss man wissen, dass Arbeitsteilung und der damit einhergehende Handel im wahrsten Sinne des Wortes friedensstiftend wirken. Menschen, die sich arbeitsteilig organisieren, erkennen sich als gegenseitig nützlich in der Bewältigung ihrer Lebensherausforderungen. So gesehen sind Arbeitsteilung und Freihandel ein *Friedensprogramm* – das jedoch leider immer wieder durch staatliche Politik (und durch die Sonderinteressengruppen, die auf sie Einfluss ausüben) untergraben oder gar beendet wird. Eine *De-Globalisierung*, wie viele Beobachter des Zeitgeschehens sie bereits an die Wand malen, ist daher nicht nur eine Bedrohung für die Güterversorgung der Menschen weltweit, sie wäre auch eine Entwicklung, die wieder wachsende Konflikte zwischen den Menschen auf der Erdkugel erwarten ließe.

Ein gewaltiger Belastungsfaktor für die Weltwirtschaft ist aktuell die Verteuerung der Energie. Der Hauptgrund dafür ist die „grüne Politik“ („Net Zero CO₂ Emissions by 2050“). Der politisch angestrebte Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger – allen voran Kohle und Öl – hat die Energieversorgung vielerorts ins Chaos gestürzt. Zur Orientierung: 2020 betrug der Anteil der fossilen Energieträger an der weltweiten Primärenergieerzeugung etwa 83 Prozent. Erneuerbare Energien trugen nur 5,7%, Atomenergie 4,9% bei. In 2020 gingen die Neuinvestitionen vor allem in die erneuerbaren Energien, aber dieses Investitionsvolumen ist nicht ausreichend, um fossile Energieträger in absehbarer Zeit auch nur annähernd ersetzen zu können. Die Zurückhaltung bei Investitionen in Kohle- und Ölenergie wird die Angebotsknappheit bei fossilen Energieträgern erhöhen – während die Energienachfrage weltweit weiter zunimmt. Eine verschärfte Energieknappheit ist vorprogrammiert.

Das Ansteigen der Energiekosten treibt die Güterpreise in die Höhe – denn zur Herstellung und Bereitstellung nahezu aller Güter ist bekanntlich der Einsatz von Energie erforderlich. Das wiederum bewirkt einen „negativen Realkasseneffekt“, wie es die Ökonomen bezeichnen: Steigen die Güterpreise, nimmt die Kaufkraft des Geldes ab. Bei gegebenem (nominalen) Einkommen erzwingt die Verteuerung der Güter eine Einschränkung des Konsums. Die Menschen werden schlichtweg ärmer. Wollen die Menschen beispielsweise ihre Grundbedürfnisse – Nahrungsmittel, Kleidung und Wohnen – im bisherigen Ausmaß aufrechterhalten, müssen

Nahrungsmittelpreise weltweit, nominal und real



Quelle: Food and Agriculture Organization of the United States.

sie auf den Kauf von bisher konsumierten Gütern (Kinobesuch, Auto, Urlaubsreisen etc.) verzichten. Im Extremfall, bei Menschen mit geringem Einkommen, entstehen Existenznöte.

Die „grüne Politik“ steht nicht allein da, sie ist vielmehr ein integraler Bestandteil des „Great Reset“, der „Großen Transformation“. Hinter diesen Schlagworten verbirgt sich die Idee, dass die Menschen ihre Geschicke auf dem Planeten nicht in einem System der freien Märkte gestalten, sondern dass sie vielmehr von zentraler Stelle, von den „erleuchteten“ Regierungschefs der führenden Wirtschaftsländer oder den Vereinten Nationen gesteuert und gelenkt werden sollen.² Es handelt sich dabei im Grunde um den kaum mehr verklausulierten Ausstieg aus den wenigen kapitalistischen Elementen, die in den Wirtschaftsordnungen noch verblieben sind. Ein weiteres Instrument, das dazu eingesetzt wird, ist das Siegel „ESG“ (es steht für „Environment, Society, Governance“). Es soll vor allem großen Kapitalsammelstellen Vorgaben machen, wie sie ihr Geld anlegen.

Unternehmen sollen dazu angehalten werden, die ESG-Vorgaben zu erfüllen, weil sie ansonsten Finanzierungsnachteile erleiden – in Form höherer Kreditzinsen und/oder Kursabschlägen auf ihre Aktien. Mit dem ESG-Siegel lässt sich somit Wirtschafts- beziehungsweise Strukturpolitik betreiben. Beispielsweise erhalten viele Ölexplorationsfirmen mittlerweile keine Bankkredite mehr, oder wenn doch, dann nur zu sehr unvorteilhaften Konditionen. Die Folge: Die Investitionen im Downstream wie auch im Upstream nehmen ab, verringern dadurch das künftige, aus Öl gewonnene Energieangebot, erhöhen seinen Preis. Wenn man auch derartige Folgen für die entwickelten Volkswirtschaften für „richtig“ und „tragbar“ hält, darf man nicht übersehen, dass die Folgen vor allem die Ärmsten der Armen treffen. Der Energiemarkt ist schließlich in weiten Teilen ein internationaler Markt.

Wird das Angebot eines Energieträgers verringert – wie beispielsweise das Angebot von russischem Öl –, trifft der damit verbundene Verteuerungseffekt nicht nur Europa, sondern er hat auch Auswirkungen auf andere Regionen. Die Ölnachfrage wird nämlich umgelenkt, weg von russischem Öl und hin zu beispielsweise Öl aus Saudi Arabien, Amerika, Venezuela und lässt dessen Preis steigen. Der Preisauftrieb, den beispielsweise die Verknappung von russischem Öl nach sich zieht, bekommen die Verbraucher folglich weltweit zu spüren. Der Energiekostenanstieg, den die „grüne Politik“ sowie auch die Energiesanktionen des Westens gegenüber Russland bewirken, haben in vielen Entwicklungsländern zu großen wirtschaftlichen und politischen Belastungen geführt; man denke hier nur etwa an die jüngsten Unruhen in Sri Lanka oder Sierra Leone.

Aber auch in den entwickelten Volkswirtschaften wird die Energiekrise, wenn sie nicht entschärft wird, Unruhe verursachen. Nicht nur Konsumenten werden Schwierigkeiten haben, ihre Haushaltsrechnungen bezahlen zu können, wenn sie ihren Energiekonsum nicht gewaltig reduzieren. Vor allem geraten auch viele Unternehmen unter Druck. Sie sind nicht mehr in der Lage, ihre Produkte wie bisher zu marktfähigen Preisen herzustellen. Zwar lässt sich hier und da durch Einsparungen und Produktivitätszuwächse die Energiekostenbelastung lindern. Aber viele Firmen werden letztlich doch vor der Wahl stehen: Betrieb schließen und/oder in Regionen auswandern, in denen die Energiekosten weniger dramatisch steigen als

² Mit den Ideen des Great Reset ist auch verbunden der Transhumanismus: Die Grenzen der menschlichen Möglichkeiten und seines Seins durch Technologie („Künstliche Intelligenz“) und pharmazeutische, medizinische Eingriffe zu erweitern. Entwicklungen, die quasi auf die Schaffung eines „neuen Menschen“ hinauslaufen.

im Heimatland; gerade in Deutschland wird es unter diesen Bedingungen zu einer De-Industrialisierung kommen.

Ein Produktionsrückgang, begleitet von Kapitalfluss aus dem Euroraum wird weitreichende Anpassungen nach sich ziehen. Die Wirtschaftsleistung schwindet, beziehungsweise die Zuwachsraten der Einkommen nehmen ab. Arbeitslosigkeit entsteht. Zwar bewirkt die ungünstige Demographie in vielen europäischen Ländern eine Verknappung von Arbeits- beziehungsweise Fachkräften und dürfte tendenziell einen relativ hohen Beschäftigungsstand begünstigen. Jedoch wird das sehr wahrscheinlich überlagert werden von den negativen Effekten, die von einer Schwächung oder sogar einem Abbau des produktiven Kapitalstocks ausgehen. Im mehr oder weniger hoch industrialisierten Europa schlägt die „grüne Politik“ besonders hart durch – und wird noch verschärft durch die hohe Energieabhängigkeit von Russland, auf die der Westen mit (Energie-)Sanktionen reagiert hat.

Eine Verteuerung der Energie wird natürlich vor allem auch die Preise der Nahrungsmittelgüter in die Höhe treiben.³ Erschwerend kommen hier ebenfalls die Folgen des Russlandkrieges in der Ukraine hinzu. Russland und Ukraine stellen zusammen etwa 30 Prozent des weltweiten Getreideangebots bereit und etwa 20 Prozent des Maisangebots. Westliche Sanktionen und Unterbrechungen der Schiffstransporte im Schwarzen Meer sorgen bereits für eine Getreideknappheit in vielen Entwicklungsländern, die abhängig sind von Getreideimporten aus Russland und der Ukraine (wie Ägypten, Uganda, Äthiopien, Kongo u. a.). Hinzu kommt das Exportembargo Russlands für Düngemittel (Russland produziert etwa 15 Prozent der weltweit gehandelten Stickstoffdüngemittel und 17 Prozent des Düngers auf Basis von Pottasche (Kaliumcarbonat)), das absehbar die Ernteerträge weltweit beeinträchtigen wird.

Gleichzeitig ist in vielen Ländern die Inflation zurückgekehrt. Sie ist aber nicht wie eine Naturkatastrophe über die Menschen hereingebrochen, sondern sie ist menschengemacht. Zwar können steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise die Preise für diese und jene Güter ansteigen lassen. Doch daraus resultiert noch keine *Inflation* – verstanden als das fortgesetzte Ansteigen der Güterpreise auf breiter Front. Der Grund für die aktuelle Inflation ist vielmehr in der Geldpolitik zu suchen: Die Zentralbanken haben in den letzten Jahren für einen gewaltigen „Geldmengenüberhang“ gesorgt. Auf ihn treffen derzeit die Nachfrageschub- und Kostenschub-Effekte der Energie, und er erlaubt es, dass sie sich in Inflation entladen. Die mittlerweile sehr hohen Inflationsraten haben das Potential, einen *Selbstverstärkungseffekt* auszulösen. Im Fachjargon würde man sagen: Die hohe Inflation läuft Gefahr, die *Geldnachfrage* abzusenken.

Denn wenn die Menschen das Vertrauen in die Kaufkraft des Geldes verlieren – und anhaltend hohe Inflationsraten sind ein ganz wesentlicher Grund dafür –, dann werden sie bemüht sein, ihre Kassenhaltung abzubauen, eben weniger Geld als bisher im Portemaine und/oder auf dem Konto zu halten, indem sie es gegen andere Güter (Haus, Edelmetalle, Aktien etc.) eintauschen. Das führt dazu, dass zusätzliches Geld angeboten beziehungsweise zusätzlich Güter nachgefragt werden. Die Folge ist ein Preisschub, der die laufende Inflation zusätzlich antreibt. Viele Zentralbanken haben zwar bereits die Leitzinsen erhöht und weitere Zinsschritte in Aussicht gestellt. Aber verglichen mit den sehr hohen Inflationsraten erscheinen die Anhebungen der Leitzinsen doch sehr verhalten, wecken Zweifel am Entschluss vieler Notenbanken, die Inflation deutlich verringern zu wollen. Die Zweifel sind alles andere als unberechtigt.

³ Ein Überblick über die weltweite Nahrungsmittelproduktion findet sich **hier**.

Im ersten Quartal 2022 betrug die weltweite Verschuldung 305 Billionen US-Dollar – ein Rekordhoch. Das entsprach etwa 348 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Bereits diese beiden Zahlen deuten an, dass die Weltwirtschaft (längst) unter einem Schuldenproblem, wenn nicht gar unter einem *Überschuldungsproblem* leidet. In diesem Zusammenhang sei noch eine weitere Zahl genannt: Die Schuldenquote zu Beginn des Jahres 2022 lag 15 Prozentpunkte *unter* dem Stand, der im ersten Quartal 2021 zu beobachten war. Der Grund für diesen Rückgang: Die Wirtschaftsleistung hat sich belebt, vor allem aber hat auch die Inflation angezogen und die Schuldenstände im Vergleich zur (nominalen) Bruttoinlandsprodukt absinken lassen. Das deutet auf etwas Bedeutsames hin: Die hohe Inflation in vielen Ländern trägt dazu bei, die realen Schuldenlasten zu senken.

ANMERKUNG: DER VERFALL DES (REAL-)ZINSES

Die nachstehende Abbildung zeigt den US-Leitzins nach Abzug der laufenden Inflation der Konsumgüterpreise. Zwei Dinge stechen hervor. Erstens: Der US-Realzins weist spätestens seit den frühen 1980er Jahren einen Abwärtstrend auf; er ist im Trendverlauf immer weiter abgesunken, und mittlerweile befindet er sich tief unter der Nulllinie, bei etwa minus 7,3 Prozent im Juli 2022. Zweitens: Der US-Realzins ist seit etwa Anfang des 21. Jahrhunderts mehr oder weniger chronisch negativ gewesen.

US-Leitzins abzüglich laufender Inflation der Konsumgüterpreise



Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

Ist es angesichts dieser Entwicklung wahrscheinlich, dass die US-Zentralbank (und in ihrem Gefolge viele andere Zentralbanken) den Realzins wieder über die Nulllinie befördern? Die Antwort ist nein. Denn das würde die Produktions- und Beschäftigungsstruktur, die sich in den Dekaden negativer Zinsen aufgebaut hat, zum Einsturz bringen; eine sehr schwere Wirtschafts- und Finanzkrise wäre die Folge. Für Geldhalter heißt das: Das Halten von US-Dollar (und Euro & Co) wird also ein Verlustgeschäft bleiben. Eben weil die Realzinsen sehr wahrscheinlich auf absehbare Zeit negativ bleiben werden.

Genau das aber erfordert „finanzielle Repression“: Die Zentralbanken halten die Zinsen künstlich niedrig, und zwar so niedrig, dass die Inflation die Zinsrate übersteigt. Auf diese Weise wird der Realzins (das ist der Nominalzins minus Inflation) negativ. Unter diesen Bedingungen können sich vor allem die hochverschuldeten Staaten entschulden: Sie zahlen effektiv weniger Geld in realer Rechnung zurück,

als sie sich geliehen haben. Die Kosten haben die Geldhalter und die Besitzer von (Staats-)Anleihen zu tragen. Sie erhalten weniger Geld in realer Rechnung zurück, als sie verliehen haben. Die finanzielle Repression steht und fällt mit der Zinskontrolle der Zentralbank. Sie muss die Zinsen auf die gewünschten Höhen drücken (beispielsweise durch Anleihekäufe), ansonsten würde die Inflationsprämie und damit auch der Marktzins in die Höhe steigen, und der Realzins würde nicht in den Negativbereich fallen.

Angesichts der aufgelaufenen Schuldenlasten ist ein baldiger Ausstieg aus der finanziellen Repression folglich nicht allzu wahrscheinlich. Die Zentralbanken werden natürlich versuchen, den „Schein zu wahren“: vor allem mit vorsichtigen Zinserhöhungen zu signalisieren, dass sie die Inflation herunterbringen wollen. Aber die realen Zinsen werden dabei wohl nicht in den positiven Bereich zurückkehren. Vor diesem Hintergrund erscheinen zwei Szenarien wahrscheinlich:

[1] Die Zentralbanken erhöhen die Zinsen nur wenig (beispielsweise bleibt der US-Leitzins unter der 3-Prozentmarke, im Euroraum übersteigt der EZB-Zins nicht 2 Prozentpunkte). Der Realzins bleibt negativ, und die Verschuldungslasten werden in realer Rechnung abgebaut. Die Kaufkraft des Geldes bleibt unter Entwertungsdruck. Diese Phase kann durchaus lange andauern – was dann der Fall wäre, wenn Inflation nicht derart außer Kontrolle gerät, dass die Menschen aus dem Geld fliehen. In Zeiten des „Great Reset“, der „Großen Transformation“ sind zudem anhaltend hohe Defizite sehr wahrscheinlich. Mit kreditfinanzierten Ausgaben versuchen die Staaten, die Kosten des „Umbaus“ vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen beziehungsweise abzumildern – beispielsweise indem der Staat die Belastungen, die mit steigende Energiepreisen für Haushalte und Firmen entstehen, mit kreditfinanzierten Subventionen bezahlt. Das bedeutet nicht nur anhaltenden Inflationsdruck, sondern auch, dass der Staatsanteil am Wirtschaftsleben weiter zunimmt zu Lasten privatwirtschaftlicher Aktivität. Ein Wirtschaftszusammenbruch kann auf diese Weise zeitweise verzögert werden, er wird jedoch nicht vollends umgangen, sondern nur in die Zukunft verlagert.

[2] Ein weitaus dramatischeres Szenario entfaltet sich, sollten die Menschen immer mehr am Wert der offiziellen Währungen zweifeln, und sie beginnen, ihre Geldhaltung „abzubauen“, wenn sie also aus dem Geld beginnen „zu fliehen“ (die Konsequenzen wurden bereits weiter oben angesprochen). Eine solche Entwicklung ist gleichbedeutend mit einer *Währungskrise*. Sie wäre unter den herrschenden politischen Umständen von den Zentralbanken kaum mehr zu bewältigen. Denn ihre Eindämmung erfordert eine „Stabilisierungsrezession“, also einen mitunter gewaltigen Einbruch der Wirtschaften und der Finanzmärkte, der den Preisauftrieb stoppt und das Kredit- und Geldmengenwachstum scharf abbremst. Wenn jedoch die Finanzmarktakteure davon ausgehen, dass die Zentralbanken davor zurückscheuen, den Inflationstrend notfalls auch durch Zulassen einer Stabilisierungsrezession zu brechen, dann wird die Sache rasch „explosiv“: Die Flucht aus dem Geld nimmt Fahrt auf, wirkt selbstverstärkend. Wenn die Zentralbank gegensteuert, indem sie die Geldmenge nicht weiter ausdehnt, dann führt der damit verbundene Güterpreisauftrieb zu einem Wirtschaftszusammenbruch („negativer Realkasseneffekt“). Erhöhen die Zentralbanken die Geldmengen weiter, um den Wirtschaftszusammenbruch abzuwenden, rutschen die Volkswirtschaft in die Hyperinflation ab. Kommt es also erst einmal zu einer Währungskrise, ist kaum mehr mit einem positiven Szenario für die Weltwirtschaft zu rechnen.

PARKEN SIE IHRE WERTE SICHER.

Mit **Schließfächern** der
Degussa in Ihrer Nähe.

UNSERE SCHLISSFÄCHER:

- ◆ bankenunabhängig
- ◆ höchste Sicherheitsstandards
- ◆ diskret

DEGUSSA-SCHLISSFACH.DE

FINDEN SIE IHRE NIEDERLASSUNG:



JETZT SUCHEN



*Der Mensch ist frei ge-
schaffen, ist frei,
Und würd er in Ketten
geboren,
Laßt Euch nicht irren des
Pöbels Geschrei,
Nicht den Mißbrauch
rasender Toren.
Vor dem Sklaven, wenn
er die Kette bricht,
Vor dem freien
Menschen erzittert nicht.*

—Friedrich von Schiller
(1759 – 1805)

Wenn jedoch die einleitend genannte Einschätzung auch nur annähernd stimmt – das die Neuordnung der Machtverhältnisse auf der Welt mit einer Renaissance der Unterwerfung des Individuums unter das Kollektiv verbunden ist –, dann ist das skizzierte Szenario [1] wahrscheinlicher als das Szenario [2]. Um das ungedeckte Geldsystem vor dem Kollaps zu bewahren, können Staaten, die sich nicht mehr an das System der freien Märkte gebunden fühlen, auf vielerlei Wegen verhindern: Einführung von Preis- und Kapitalverkehrskontrollen, Finanzierungs- und Handelskontingenten, Bankenverstaatlichungen, Börsenschließungen etc. Und natürlich lassen sich auch Proteste der breiten Bevölkerung, die sich gegen die damit verbundenen Bedrängnisse erheben, ersticken. Etwa durch „Social Credit Scores“ (der digitale Impfpass wäre gewissermaßen ein erster Schritt dazu), aber auch durch „Schauprozesse“ zur Abschreckung und natürlich auch durch gewaltsame Unterdrückung.

Liebe Leserinnen und Leser, das alles ist kein Grund zur Resignation. Die Freiheit des Individuums war und ist stets bedroht. Sie musste stets verteidigt und, wo sie verloren gegangen war, zurückerobert werden. So ist es auch heute, in einer Zeit, in der die Machtverhältnisse auf der Welt sich neu ordnen. Damit die Freiheit den Sieg davonträgt, ist die *Kenntnis über die Freiheitslehre* von ganz entscheidender Bedeutung. Wie sagte es Friedrich Schiller doch so treffend: „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei | Und würd er in Ketten geboren“. Jeder Mensch gehört sich selbst, hat Selbsteigentum an sich. Und niemand hat das Recht über andere zu herrschen. Wer das in seinem täglichen Leben beherzigt, keinem Politiker, keinem Staat die Hand reicht, die Zwang und Gewalt über andere auszuüben gedenken, der verteidigt wirksam die Freiheit, nicht nur seine eigene, sondern vor allem auch die seiner Mitmenschen.

INFLATION ZERSTÖRT WOHLSTAND. SIEBEN PUNKTE, DIE SIE WISSEN SOLLTEN

► **Woher die Inflation kommt, und was sie bewirkt, ist wichtig zu verstehen, um sein Vermögen vor der Inflation schützen zu können. Der nachstehende Text versucht, das Wichtigste zusammenzufassen.**

Der erste Punkt. Inflation – das andauernde, fortgesetzte Ansteigen der Güterpreise auf breiter Front – ist Folge der exzessiven Geldmengenausweitung durch die Zentralbanken. So hat die Europäische Zentralbank die Geldmenge M3 (sie beinhaltet das Bargeld und die Guthaben der Bürger und Unternehmen bei den Geschäftsbanken) seit Ende 2019 um mehr als 20 Prozent ausgeweitet, während die Euro-Volkswirtschaften kaum gewachsen sind. Der dadurch entstandene „Geldmengenüberhang“ lässt nun die Güterpreise gewaltig ansteigen.

Zwar versuchen Politiker, Bürokraten, Zentralbankräte und die ihnen zuarbeitenden Hauptstromökonominnen regelmäßig, die wahre Ursache der Inflation zu vertuschen, indem sie alle möglichen *Sündenböcke* anführen (wie zum Beispiel steigende Energiekosten, raffgierige Unternehmer, die die Preise erhöhen, und maßlose Gewerkschaften, die überzogene Lohnforderungen stellen). Das sind jedoch nur Ablenkungsmanöver: *Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen*, sie wird von den staatlichen Zentralbanken produziert.

Der zweite Punkt: Inflation ist das Ergebnis einer falschen und/oder einer kriminellen Geldpolitik. Sie ist keine Naturkatastrophe, sondern sie ist menschengemacht. Das betonte beispielsweise schon Ludwig Erhard (1897–1977). Er schrieb (Zitat): „Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.“ (Zitat Ende) Wie wahr!

Derzeit versuchen viele Politiker, Bürokraten, Wissenschaftler und Aktivisten das weltweite Wirtschafts- und Gesellschaftssystem umzubauen. Die Schlagworte dafür sind „Great Reset“ und „Große Transformation“. Die Umstellungskosten sind gewaltig – in Form von Produktions- und Beschäftigungsverlusten, der Vernichtung von wirtschaftlichen Existenzen. Damit diese Kosten nicht allzu offenzutage treten und den Widerstand der breiten Bevölkerung gegen den geplanten Umbau wecken, legen

die Staaten gewaltige schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme auf, die die Konjunkturen stützen sollen – und das Ganze wird von den Zentralbanken mit neu geschaffenen Geld bezahlt.

Dadurch ermöglichen die Zentralbanken eine Politik, die bei offener Darlegung ihrer wahren Kosten von der hart arbeitenden Bevölkerung vermutlich nicht geduldet und zurückgewiesen würde. Doch nun kommt der Schwindel zusehends ans Tageslicht: Die Inflation steigt stark an. Als Verursacher der Inflation werden in der Öffentlichkeit aber nicht primär die Zentralbanken und ihre Geldmengenvermehrung angeprangert, sondern das „Establishment“ versucht – wie bereits ausgeführt – die Verantwortung für die Inflation auf irgendwelche anderen Faktoren abzuwälzen, die Öffentlichkeit zu täuschen, und das erschwert es ihr, die Inflationspolitik zu stoppen.

Der dritte Punkt. Die Inflation, für die die Zentralbanken sorgen, wird nicht nur vorübergehend hoch, sondern dauerhaft hoch bleiben. Denn sie soll auch dazu beitragen, die gewaltigen Schuldenlasten, die vor allem die Staaten aufgebaut haben, zu entwerten. Dazu halten die Zentralbanken die Zinsen so niedrig, dass sie unter der Inflationsrate liegen. Auf diese Weise bleibt der Realzins negativ – und die Staaten können sich zu negativen Realzinsen finanzieren, und Zins- und Tilgungszahlungen mit entwertetem Geld leisten. Der Geprüllte ist der Geldhalter, der Gläubiger.

Von dieser „Finanziellen Repression“ ist derzeit leider keine Abkehr zu erkennen: Die Schuldenpyramide, die in den letzten Dekaden aufgetürmt wurde, verträgt keine hohen Zinsen, keine echte Bereinigungsrezession mehr. In der Inflationspolitik wird vielmehr von vielen mittlerweile die *Politik des vergleichsweise kleinsten Übels* erblickt. Die Inflation wird daher in den kommenden Jahren vermutlich nicht auf die 2-Prozentmarke zurückkehren, vielmehr ist zu befürchten, dass Inflationsraten von schätzungsweise 5 bis 10 Prozent zum Normalfall werden könnten.

Der vierte Punkt: Inflation ist ein wirtschaftliches und soziales Übel. Sie sorgt für Kapitalfehlenkung, schädigt damit Wachstum und Beschäftigung. Die Volkswirtschaft bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Die Inflation verursacht den meisten Menschen Not und Leid. Wenn die Güterpreise durch die Inflation immer weiter ansteigen, dann kann man sich für sein Geld immer weniger Güter kaufen. Die Kaufkraft des Geldes und auch die Kaufkraft der Ersparnisse schwindet. Weil Löhne und Pensionen meist langsamer steigen, als die Inflation zunimmt, ist das Ergebnis eine Verarmung der breiten Bevölkerung.

Die (hohe) Inflation zerrüttet das Gemeinwesen, bringt die Menschen gegeneinander auf, vergiftet das Miteinander, radikalisiert die Politik. Sie zerstört damit die bürgerliche Gesellschaft, mästet den Staat und die von ihm begünstigten Sonderinteressengruppen. Die Inflation macht, einmal in Gang gekommen und nicht gestoppt, aus einer freiheitlichen Wirtschaft und Gesellschaft eine unfreie.

Der fünfte Punkt: Alle bedeutenden Währungen der Welt – US-Dollar, Euro & Co – sind *ungedecktes Geld*, repräsentieren Fiat-Geld, das im Grunde jederzeit in beliebiger Menge vermehrt werden kann. Wie die Währungsgeschichte leidvoll zeigt, ist das Fiatgeld immer wieder für Inflationierungszwecke missbraucht, seine Kaufkraft im Zuge von Hoch- und Hyperinflation herabgesetzt beziehungsweise zerstört worden. Jeder, der Dollar, Euro, japanische Yen, britische Pfund etc. hält, sollte daher wissen: Diese Währungen verlieren nicht nur chronisch ihre Kaufkraft im Zeitablauf, sie unterliegen auch dem nicht wegzudiskutierenden Risiko, wertlos zu verfallen.

Der sechste Punkt: Die Inflation ist in den meisten Währungsräumen seit geraumer Zeit höher als der Zins. Das heißt, der Realzins (also Nominalzins minus Inflation) ist negativ. Wer Ersparnisse in Form von zum Beispiel Termin- und Spareinlagen, Geldmarkt- oder Rentenfonds hat, der erleidet Verluste. Ein Ende dieser Situation ist – wie voranstehend gesagt – nicht in Sicht.

Hinzufügen möchte ich hier, dass es nicht ausreicht, mit seinem Kapital eine Rendite in Höhe der Inflationsrate zu erzielen, um dem Inflationsraubzug zu entgehen. Dazu ein einfaches Beispiel.

Nehmen wir an, Sie investieren 10.000 Euro in eine Aktie. Die Inflation von, sagen wir, 10 Prozent treibt daraufhin den Aktienkurs ebenfalls um 10 Prozent in die Höhe, also auf 11.000 Euro. Haben Sie sich damit vor der Inflation geschützt? Die Antwort ist *nein*. Denn der Kursgewinn unterliegt bei Realisation der Besteuerung. Bei einer Kapitalertragsteuer von, sagen wir, 25 Prozent, müssen Sie auf den Kursgewinn von 1.000 Euro 250 Euro Steuern zahlen. Es bleiben Ihnen nur 750 Euro. Ihr Vermögen beträgt damit 10.750 Euro, es ist aber in realer Rechnung aufgrund der 10-Prozent-Inflation niedriger als ihr Ausgangsbetrag (in diesem Beispiel um etwa 2,3%). Die Inflation hat sie also ärmer gemacht.

Was man daraus lernt: Um der Inflation zu entkommen, muss man eine Rendite erzielen in Höhe der Inflationsrate *plus* den Steuersatz auf den inflationsbedingten Kapitalertrag. Für die meisten Anleger ist das eine nur schwer zu bewältigende Aufgabe.

Der siebte Punkt: Sie müssen den Inflationsraubzug nicht tatenlos über sich ergehen lassen. Man kann sich wehren. Abschließend daher einige wenige Empfehlungen zur Kapitalanlage.

Minimieren Sie ihre Kassenhaltung. Halten sie nur so viel Geld, wie sie zu Bewältigung ihrer normalen Zahlungen plus eine kleine Vorsichtskasse benötigen. Den Geldbetrag, der darüber hinausgeht, schichten Sie am besten um.

Im einfachsten Fall – wenn sie kein Experte sind – investieren sie den Geldbetrag in einen weltweit diversifizierten Aktienmarkt-ETF oder ein entsprechendes Zertifikat. Damit verbindet sich die Erwartung, dass das weltweite Produktivkapital trotz um sich greifender Kapitalismusfeindlichkeit nicht vollends unter die Räder kommt, dass die Great-Reset-Agitatoren letztlich nicht den Sieg davontragen, dass selbst nach einer schweren Krise neuerliche Produktivitätsgewinne möglich sind.

Zudem sollten Sie einen Teil ihres Vermögens in physischem Gold und Silber halten – in Form von Münzen und Barren. Die Kaufkraft dieser Edelmetalle kann durch die Zentralbankpolitik nicht herabgesetzt werden. Physisches Gold und Silber tragen auch kein – anders als Bankguthaben – Zahlungsausfallrisiko.

Und nicht zuletzt: Nehmen sie eine Langfristorientierung ein. Lassen sie sich vom kurzfristigen Auf und Ab der Börsen nicht aus der Ruhe bringen. Die kommenden Jahre werden sicherlich turbulent. Trügerische Erholungsphasen, hitzige Übertreibungsspekulation, auch schwere Wirtschafts- und Währungskrisen, all das sind mögliche Szenarien, und all das wird von chronischer Geldentwertung, im Extremfall möglicherweise von Hyperinflation begleitet sein.

Ein Portfolio bestehend aus Aktien sowie physischem Gold und Silber ist zwar nicht die einzig mögliche Antwort, um sich gegen den Inflationsraubzug, der nun offen zutage getreten ist, zu wappnen, sie ist aber eine praktikable, kostengünstige Antwort, die langfristig Erfolg verspricht.

EDELMETALLPREISE

In US-Dollar pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1761,5		19,6		915,7		2136,6	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1727,8		19,0		860,6		1981,4	
20 Tage	1771,9		19,8		883,3		1943,1	
50 Tage	1813,9		21,0		930,9		1955,5	
100 Tage	1873,9		22,8		964,7		2186,5	
200 Tage	1845,4		23,1		987,0		2116,3	
III. Schätzung Sommer 2023	2200		28		1070		2261	
⁽¹⁾	25		43		17		6	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>
	1800	2398	21,0	31,0	830	1280	1650	2400
⁽¹⁾	2	36	7	58	-9	40	-23	12
V. Jahresdurchschnitte								
2019	1382		16,1		862		1511	
2020	1753		20,2		878		2180	
2021	1804		25,5		1095		2422	

In Euro pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1735,0		19,3		901,9		2104,4	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1705,7		18,8		849,5		1956,3	
20 Tage	1719,5		19,2		857,0		1887,3	
50 Tage	1731,4		20,0		888,2		1867,5	
100 Tage	1756,1		21,3		903,7		2046,1	
200 Tage	1676,8		21,0		895,4		1922,5	
III. Schätzung Sommer 2023	2281		29		1110		2345	
⁽¹⁾	31		50		23		11	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>
	1867	2487	21,8	32,1	860	1320	1710	2480
⁽¹⁾	8	43	13	67	-5	46	-19	18
IV. Jahresdurchschnitte								
2019	1235		14,4		770		1350	
2020	1535		17,6		769		1911	
2021	1519		21,5		921		2035	

Quelle: Thomson Financial; Berechnungen und Einschätzungen Degussa. Beachte: Die Zahlen sind gerundet.

⁽¹⁾ Geschätzte Preisveränderung bei aktuellem Preis in Prozent.

PREISENTWICKLUNGEN DER ANLAGEKLASSEN

Bitcoin in US-Dollar

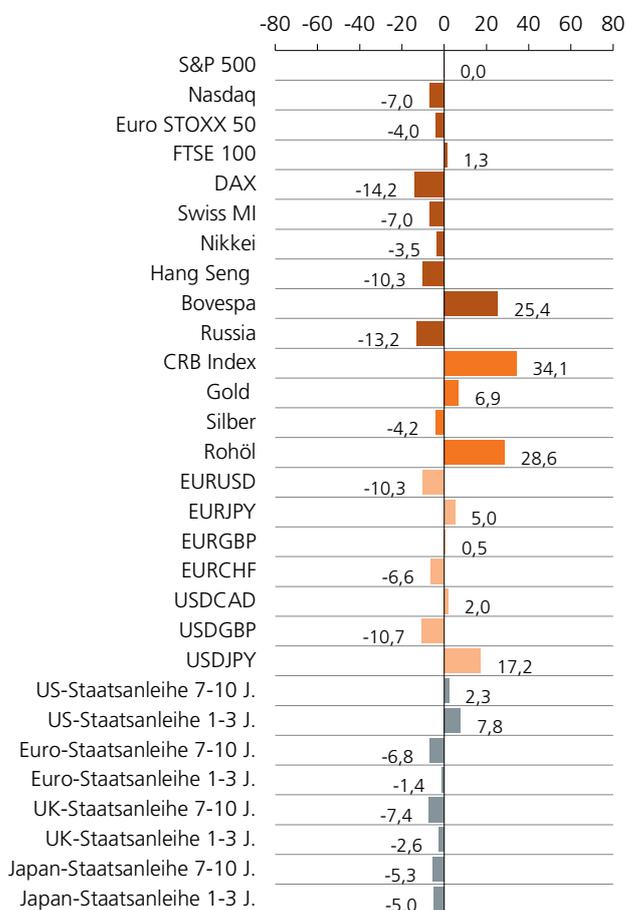
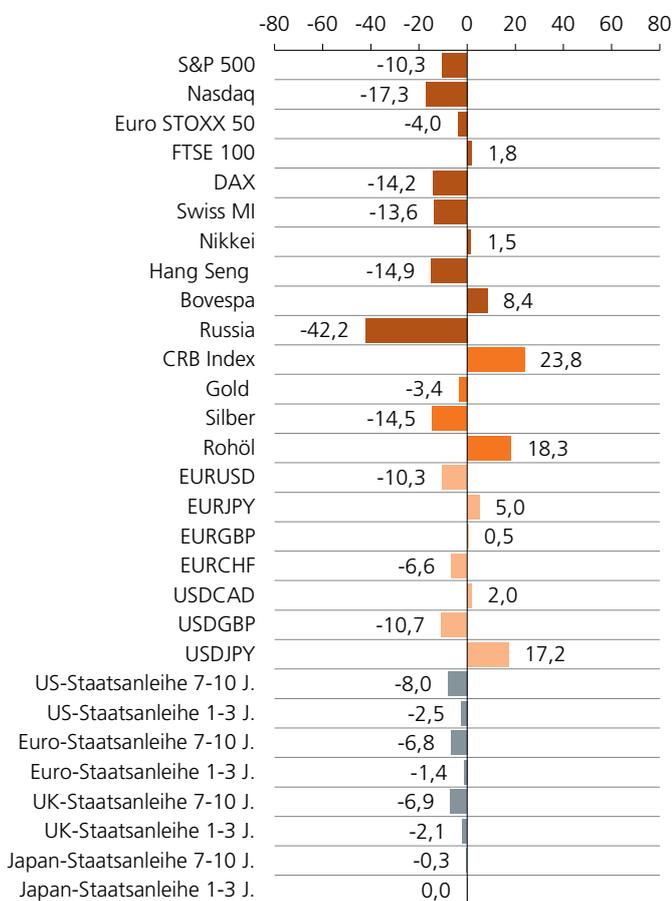


Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Wertentwicklung verschiedener Anlageklassen seit Jahresanfang in Prozent

(a) In nationaler Wahrung

(b) In Euro



Quelle: Refinitiv, Berechnungen Degussa.

Ausgabe	Inhalt	Zum Herunterladen
18. August 2022	Das Gold ‚outperformend‘ den US-Dollar Die Machtverhältnisse auf der Welt ordnen sich neu Inflation zerstört Vermögen. Sieben Punkte, die Sie wissen sollten	Pdf
4. August 2022	Antony C. Suttons „The War On Gold“ ist ein echter Klassiker, der begeistert Die Hochinflation ist Folge der exzessive Geldmengenausweitung Inflationsdruck im Euroraum weiter hoch Das System Fiatgeld: Schrecken ohne Ende statt Ende mit Schrecken	Pdf
21. Juli 2022	US-Dollar überschätzt, Gold unterbewertet Dollardominanz zwingt Euro und Yen in die Knie Umsichtig investieren in der Krise. Gold und Silber gehören dazu	Pdf
9. Juli 2022	Euro stürzt ab, Gold halten Die Post-Wachstumswelt. Der Abbau des Wohlstands und seine Folgen Über das Bestreben, Bargeld abzuschaffen und digitales Zentralbankgeld einzuführen	Pdf
23. Juni 2022	Inflationäre Zeiten, schlechte Zeiten. Auf Gold und Silber setzen Dem Euro droht das „Yen-Desaster“ Schrumpfwirtschaft und Inflationsinferno Russland will neue internationale Währung	Pdf
9. Juni 2022	Aussichten für höhere Gold- und Silberpreise verbessern sich Was passiert in Japan? Wohlstand für Alle – in Gefahr	Pdf
25. Mai 2022	Warum diese Inflation so besonders gefährlich ist Ich handle, also bin ich!	Pdf
12. Mai 2022	Gold versus Aktien und US-Dollar Der Perfekte Sturm Inflation mästet Staat	Pdf
28. April 2022	Trotz Zinsanhebungen: Die „finanzielle Repression“ bleibt Inflation als Suchtphänomen: Über die Folgen des Inflationismus Goldnachfrage in Q1 2022: Eine starke Belebung am Jahresanfang	Pdf
13. April 2022	Das ungelöste Weltgeldproblem und das Gold Wohlstand mit gutem Geld Gas gegen Rubel? Es geht um viel mehr	Pdf
31. März 2022	Der US-Dollar, die „Finanzielle Kriegsführung“ und das Gold Kurzsichtige Entscheidungen	Pdf
17. März 2022	Nicht der Krieg, sondern der Staat mit seiner Zentralbank verursachen Inflation Staat und Krieg	Pdf
3. März 2022	Die Russland-Sanktionen des Westens und Chinas Langfristinteresse Abrutschen in ein Inflationsregime	Pdf
17. Februar 2022	Inflation ist keine Naturkatastrophe. Sie ist menschengemacht Die Inflation wird für die Bevölkerung zum Dauerproblem	Pdf
3. Februar 2022	Hohe Inflation und negativer Realzins für länger Der Goldmarkt hat sich in Q4 2021 kräftig belebt Die marxistische Wurzel der Lockdown-Politik	Pdf
20. Januar 2022	Weltwirtschaft 2022: Mehr Inflation, weniger Wachstum	Pdf
16. Dezember 2021	Die Inflation, die Aktien, das Gold „Et hätt noch immer jot jegange“ Türkische Währungskrise	Pdf
2. Dezember 2021	Es ist wie in Harry Potter: Die Wirkung des Euro, die niemand auszusprechen wagt ... Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben	Pdf
18. November 2021	Inflation ist keine Naturkatastrophe. Sie ist menschengemacht Warum und wie der Sozialismus die Welt erobern will	Pdf
4. November 2021	Zins, Inflation, Gold und der „Great Reset“ Die US-Zentralbank beginnt das „Tapering“ - und kauft sich damit Zeit Es ist Zeit für den Ausstieg	Pdf
21. Oktober 2021	Der Aufstieg des Neo-Sozialismus „Das Inflationsproblem ist größer, als viele glauben“	Pdf
7. Oktober 2021	Das Inflationsbiest	Pdf
23. September 2021	Evergrande: Ist das Chinas ‚Lehman Moment‘? Preiskorrektur bei Platin, Palladium und Rhodium Wie Preiskontrollen den Weg in den Sozialismus ebnen (Ludwig von Mises)	Pdf
9. September 2021	Gold in Zeiten der Entwertung von US-Dollar, Euro & Co Was man als junger Mensch auf der Such nach Freiheit in der heutigen Zeit wissen? Die Chinarisierung des Westens	Pdf
26. August 2021	Die Abhängigkeit von der Inflationsdroge wird immer größer Das Ende von Bretton Woods vor 50 Jahren als Mahnung Globales Helikoptergeld: IWF schafft 650 Mrd. USD neue „SDR“	Pdf
12. August 2021	Der dunkle Schatten des Papiergoldmarktes 50 Jahre Geld ohne Gold Neuer Angriff auf das Bargeld	Pdf
29. Juli 2021	Der Kampf um die Währungshehoheit	Pdf
15. Juli 2021	Die EZB-Räte wollen den Euro noch stärker inflationieren Rohstoff- und Edelmetallmärkte Die Goldwährung	Pdf
1. Juli 2021	Wer zwischen Schein und Sein unterscheidet, der will Gold halten Die Interventionismus-Falle. Und wie wir ihr entkommen können Der narkotisierte Fluchinstinkt	Pdf
17. Juni 2021	Der Inflationsboom. Verführerisch, betrügerisch, zerstörerisch Gold-ETFs/ETCs verzeichneten wieder Zuflüsse im Mai 2021 Warum Inflation eine Gefahr für die Freiheit ist	Pdf
2. Juni 2021	Was Sie immer schon über Inflation wissen wollten ... „Ohne Bargeld wird die letzte Zurückhaltung des Staates fallen“ (Interview) Über Finanzfehler der Politik im Lockdown (Gesprächsbericht)	Pdf
20. Mai 2020	Bankenregulierung fährt „Bullion Banks“ in die Parade Zinskontrolle birgt inflationären Sprengstoff Das Geld und der neue Sozialismus	Pdf

<http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Alle bisherigen Ausgaben des Degussa Marktreports stehen dort auch zum Download zur Verfügung.

Disclaimer

Für die Erstellung dieser Ausarbeitung ist Degussa Goldhandel GmbH, Frankfurt am Main, verantwortlich. Die Verfasser dieses Dokuments bestätigen, dass die in diesem Dokument geäußerten Einschätzungen ihre eigenen Einschätzungen genau wiedergeben und kein Zusammenhang zwischen ihrer Dotierung – weder direkt noch indirekt noch teilweise – und den jeweiligen, in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen oder Einschätzungen bestand, besteht oder bestehen wird. Der (bzw. die) in dieser Ausarbeitung genannte(n) Analyst(en) sind nicht bei der FINRA als Research-Analysten registriert/qualifiziert und unterliegen nicht der NASD Rule 2711.

Dieses Dokument dient ausschließlich Informationszwecken und berücksichtigt nicht die besonderen Umstände des Empfängers. Es stellt keine Anlageberatung dar. Die Inhalte dieses Dokuments sind nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von in diesem Dokument genannten Edelmetallen und Wertpapieren beabsichtigt und dienen nicht als Grundlage oder Teil eines Vertrages.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen aus Quellen, die von der Degussa Goldhandel GmbH als zuverlässig und korrekt erachtet werden. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Garantie oder Gewährleistung im Hinblick auf Richtigkeit, Genauigkeit, Vollständigkeit oder Eignung für einen bestimmten Zweck.

Alle Meinungsäußerungen oder Einschätzungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers bzw. der Verfasser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Die hierin zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Degussa Goldhandel GmbH wider. Die Degussa Goldhandel GmbH ist nicht dazu verpflichtet, dieses Dokument zu aktualisieren, abzuändern oder zu ergänzen oder deren Empfänger auf andere Weise zu informieren, wenn sich ein in diesem Dokument genannter Umstand oder eine darin enthaltene Stellungnahme, Schätzung oder Prognose ändert oder unzutreffend wird.

Die in der Vergangenheit gezeigte Kursentwicklung von Finanzinstrumenten erlaubt keine verlässliche Aussage über deren zukünftigen Verlauf. Eine Gewähr für den positiven Anlageertrag einer in diesem Dokument beschriebenen Einschätzung kann daher nicht übernommen werden. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Dokument genannte Prognosen aufgrund verschiedener Risikofaktoren nicht erreicht werden. Hierzu zählen in unbegrenztem Maße Marktvolatilität, Branchenvolatilität, Unternehmensentscheidungen, Nichtverfügbarkeit vollständiger und akkurater Informationen und/oder die Tatsache, dass sich die von der Degussa Goldhandel GmbH oder anderen Quellen getroffenen und diesem Dokument zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

Weder die Degussa Goldhandel GmbH noch ihre Geschäftsleitungsorgane, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter übernehmen die Haftung für Schäden, die ggf. aus der Verwendung dieses Dokuments, seines Inhalts oder in sonstiger Weise entstehen.

Die Aufnahme von Hyperlinks zu den Websites von Organisationen, soweit sie in diesem Dokument aufgenommen werden, impliziert keineswegs eine Zustimmung, Empfehlung oder Billigung der Informationen der Websites bzw. der von dort aus zugänglichen Informationen durch die Degussa Goldhandel GmbH. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt dieser Websites oder von dort aus zugänglichen Informationen oder für eventuelle Folgen aus der Verwendung dieser Inhalte oder Informationen.

Dieses Dokument ist nur zur Verwendung durch den Empfänger bestimmt. Es darf weder in Auszügen noch als Ganzes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Degussa Goldhandel GmbH auf irgendeine Weise verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden. Die Art und Weise, wie dieses Produkt vertrieben wird, kann in bestimmten Ländern, einschließlich der USA, weiteren gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Personen, in deren Besitz dieses Dokument gelangt, sind verpflichtet, sich diesbezüglich zu informieren und solche Einschränkungen zu beachten. Mit Annahme dieses Dokuments stimmt der Empfänger der Verbindlichkeit der vorstehenden Bestimmungen zu.

Impressum

Der Marktreport erscheint 14-tägig donnerstags und ist eine kostenlose Serviceleistung der Degussa Goldhandel GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. August 2022

Herausgeber: Degussa Goldhandel GmbH, Kettenhofweg 29, 60325 Frankfurt, Tel.: (069) 860068-0, Fax: (069) 860068-222

E-Mail: info@degussa-goldhandel.de, Internet: www.degussa-goldhandel.de

Redaktion: Dr. Thorsten Polleit

Degussa Marktreport ist im Internet abrufbar unter: <http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Degussa 
GOLD UND SILBER.

Zentrale Frankfurt

Kettenhofweg 29 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · info@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen:

Augsburg (Ladengeschäft): Maximiliansstraße 53 · 86150 Augsburg
Telefon: 0821-508667-0 · augsburg@degussa-goldhandel.de

Berlin (Ladengeschäft): Fasanenstraße 70 · 10719 Berlin
Telefon: 030-8872838-0 · berlin@degussa-goldhandel.de

Düsseldorf (Ankaufszentrum): In der KÖ Galerie
Königsallee 60 / Eingang Steinstraße · 40212 Düsseldorf
Telefon: 0211-1306858-0 · duesseldorf@degussa-goldhandel.de

Frankfurt (Ladengeschäft): Kettenhofweg 25 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · frankfurt@degussa-goldhandel.de

Hamburg (Ladengeschäft): Ballindamm 5 · 20095 Hamburg
Telefon: 040-3290872-0 · hamburg@degussa-goldhandel.de

Köln (Ladengeschäft): Gereonstraße 18–32 · 50670 Köln
Telefon: 0211-120620-0 · koeln@degussa-goldhandel.de

Hannover (Ladengeschäft): Theaterstraße 7 · 30159 Hannover
Telefon: 0511-897338-0 · hannover@degussa-goldhandel.de

München (Ladengeschäft): Promenadeplatz 12 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-18 · muenchen@degussa-goldhandel.de

München (Ankaufszentrum): Promenadeplatz 10 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-10 · muenchen-altgold@degussa-goldhandel.de

Nürnberg (Ladengeschäft): Prinzregentenufer 7 · 90489 Nürnberg
Telefon: 0911-669488-0 · nuernberg@degussa-goldhandel.de

Pforzheim (Scheideanstalt): Freiburger Straße 12 · 75179 Pforzheim
Telefon: 07231-58795-0 · pforzheim@degussa-goldhandel.de

Stuttgart (Ladengeschäft): Kronprinzstraße 6 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-305893-6 · stuttgart@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen weltweit:

Zürich (Ladengeschäft): Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 0041-44-40341-10 · zuerich@degussa-goldhandel.ch

Genf (Ladengeschäft): Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genève
Telefon: 0041-229081400 · geneve@degussa-goldhandel.ch

Madrid (Ladengeschäft): Calle de Velázquez 2 · 28001 Madrid
Telefon: 0034-911-982-900 · info@degussa-mp.es

London Sharps Pixley Ltd (Mitglied der Degussa Gruppe)
Telefon: 0044-2078710531 · info@sharpspixley.com